

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 08 56 846 ppbn d

Inhalt

Rudolf Dreßler MdB, AfA-Bundesvorsitzender, belegt die unheilvolle Rolle von Graf Lambsdorff für die soziale Entwicklung in der Bundesrepublik. Seite 1

Peter Glatz MdB, SPD-Bundesgeschäftsführer, analysiert die Lage der Regierungskoalition: Kohls politische Mehrheit zerfällt. Seite 3

Katharina Focke MdEP, SPD-Spitzenkandidatin im Europawahlkampf, würdigt die europapolitische Haltung der Kirchen. Seite 4

Alfred Emmerlich MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, verneint eine größere Einzelfallgerechtigkeit nach den Scheidungsrechtvorstellungen der Koalition. Seite 6

Hans Apel MdB würdigt Martin Schmidt (Geiersen), der am 16. Juni 70 Jahre alt wird. Seite 8

Klaus Kübler MdB nennt Minister Engelhard einen "Statisten mit Stargage". Seite 9

39. Jahrgang / 113

14. Juni 1984

Das letzte Kapitel schreiben nun die Gerichte

Lambsdorffs erzwungener Abstieg - ein Segen für die Arbeitnehmer

Von Rudolf Dreßler MdB
Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA)

Die Gerichte werden - wenn die Nachrichten der vergangenen 24 Stunden nicht täuschen - das letzte Kapitel der politischen Biographie von Otto Graf Lambsdorff schreiben. Schadenfreude oder tiefe Befriedigung über diesen Ausgang einer Karriere, die hoch hinausführte, will dennoch bei uns nicht aufkommen. Graf Lambsdorff hat den Arbeitnehmern in der Bundesrepublik und ihren Familien zu tiefe Wunden zugefügt und ihre soziale Lage zu sehr geschädigt, als daß man über Anklagen gegen ihn oder ein Verfahren feixen könnte.

Noch während die Kommentatoren für die Donnerstagsausgaben der Zeitungen über den Nachrichten aus dem Bonner Landgericht brüteten, belegte der Lambsdorff-Staatssekretär Otto Schlecht den Zynismus und auch die schädigende Art der Wirtschaftspolitik, für die Lambsdorff steht: Schlecht sprach von einer Delle in der Konjunktur, die von den Streiks verursacht werde; was heißt, daß die Bundesregierung die Schuld für ein Scheitern ihres Konjunkturoptimismus bereits heute bei den Gewerkschaften - und selbstredend auch bei den Sozialdemokraten - abladen möchte. Die Schlecht-Theorie entbehrt allerdings der Grundlage, weil ein Blick in die Statistik zeigt, daß bereits im April wichtige Konjunktur-Indikatoren schwächer wurden.

Die von Lambsdorff zu verantwortende Wirtschaftspolitik hat die Bundesrepublik schwer geschädigt. Kein geringerer als der Stahlunternehmer Willy Korf hat vor wenigen Wochen

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

Wird gedruckt auf
100% recyceltem Papier
Recycling-Papier



in einem Brief ein vernichtendes Urteil über die Politik des Wirtschaftsgrafen gefällt. Während Lambsdorff Arbed subventioniert habe, sei ihm die Hilfe aus einer Liquiditätsklemme von 70 bis 80 Millionen DM verweigert worden, schrieb Korf. Es liege an der Untätigkeit des Ministers, erklärte Korf, daß die Stahlindustrie nur noch einen Anteil von 47 Prozent beim Betonstahl und 64 beim Walzdraht bei uns halte. Und: Es wäre für Lambsdorff ein Leichtes gewesen, die Korfgruppe vor dem Konkurs zu bewahren und - was von entscheidender Bedeutung ist - den Ausverkauf von Spitzentechnologie ins Ausland zu verhindern. Vernichtender kann ein Urteil aus der Wirtschaft über den amtierenden Wirtschaftsminister überhaupt nicht ausfallen.

Eine genaue Analyse der Lambsdorffschen Politik wird zeigen, daß der reale Einfluß des Wirtschaftsgrafen auf vielen Feldern in höchstem Maße unheilvoll war:

1. Der "Erhard der 80er Jahre" - so Genscher noch im Bundestagswahlkampf 1980 - hat keine wirksamen Initiativen gegen die fortschreitende Konzentration ergriffen. Insofern ist er auch seinen theoretischen Vätern - wie etwa Eucken - untreu geworden. Lambsdorff hat es tatsächlich fertig gebracht, in den Jahren horrender Konkurszahlen so zu tun, als ob er damit nichts zu schaffen habe. Und viele, allzu viele haben ihm diesen Part des "Tröstspenders in schlechten Zeiten" abgekauft, ohne zu bemerken, daß er partout nichts zur Besserung der Lage tat. Mittelstandspolitik - das war und ist für Lambsdorff, richtig gesehen, eine Form des "Wortes zum Sonntag", und nichts anderes.
2. Lambsdorff hat es konsequent verhindert, daß der Strukturwandel der Wirtschaft mit wissenschaftlich fundierten Anstößen begleitet und fruchtbar angeregt wurde: Ein Versäumnis, nein eine Verweigerung, die wesentlich zu der Eintrübung unserer wirtschaftlichen Zukunfts-Aussichten beigetragen hat. Wer dies nicht glaubt, der sollte sich einmal bei den Forschungsministern - einschließlich des Herrn Riesenhuber - über die Bremsenrolle des Herrn Lambsdorff erkundigen.
3. Lambsdorff hat ferner all seinen Einfluß aufgeboten, beschäftigungspolitische Konzepte ins Abseits zu manövrieren oder zu verwässern. Lambsdorff hat außerdem seinen ganzen Einfluß geltend gemacht, dem Staat die Einnahmen zu verweigern, die er brauchte, um tatkräftig Handeln zu können.

Die Liste der schwerwiegenden Versäumnisse, Behinderungen und Hintertreibungen des Wirtschaftsministers ließe sich fortsetzen.

Die eigentlichen Höhepunkte der Lambsdorffschen Politik bestanden in seinen schnoddrig-kalt polarisierenden Auftritten vor Publikum. Den geduligen, weitblickenden und vorsorgenden Wirtschaftsminister hat er nie spielen wollen. Dies war für ihn überflüssig, weil er sich als prinzipieller Gegner der aktiven staatlichen Wirtschaftspolitik, des Interventionismus, verstand; er hat auch nur widerwillig diese Funktion übernommen, sofern sie ihm vom Kabinett aufgetragen wurde. Er versuchte die staatliche Intervention dann - Beispiel Arbed - mit Repressalien gegen die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften zu verbinden.

Ein "Erhard der 80er Jahre" war Lambsdorff nie, und er wird es auch nicht werden. Es hat wohl lange gedauert, bis seine blendenden Wortkaskaden den bankrotteurhaften Charakter seiner realen Politik nicht mehr übertünchen konnten. Es wird ein Segen für die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik sein, wenn Lambsdorff seinen Schreibtisch geräumt hat.
(-/14.6.1984/ks/va)

+ + +



Der Kanzler trudelt in den Sommer

Die politische Mehrheit der Regierung zerrinnt

Von Peter Glotz MdB

Bundesgeschäftsführer der SPD

Bei der Regierung Kohl bröckeln nicht nur die Fassaden, es brechen auch schon die Balkone ab. Eine Maximal-Sanierung ist fällig; nur weiß niemand, ob Kohl noch über die Mittel zu dieser Sanierung verfügt. Der Bundeskanzler trudelt in den Sommer.

Erstens: Angesichts der schwersten sozialen Auseinandersetzungen des letzten Jahrzehnts amtiert ein Wirtschaftsminister auf Abruf. Heute rächt sich bitter, daß der Bundeskanzler nicht die Kraft gefunden hat, den ebenso reaktionären wie tüchtigen Mann ins Privatleben zu entlassen, nachdem er sich verstrickt hatte.

Zweitens: Auch die Leib- und Magenblätter der Regierung mokieren sich offen über einige Nullstellen in der Regierung. Die Politik des Postministers wird von der eigenen Partei (Remmers, Weirich) zu den Akten gelegt; der Verteidigungsminister ist seit der Affäre Kießling nur noch ein schneidiger Schatten seiner selbst; und ob es den Justizminister wirklich gibt, ist ein beliebtes Bonner Rätselspiel.

Drittens: Die Bauern-Milliarden haben die Finanzpolitik der Regierung schwer erschüttert. Klar ist: Mit diesem Umfaller des Finanzministers ist die beabsichtigte Null-Runde im öffentlichen Dienst endgültig ausgeschlossen. Damit ist auch die Steuerreform, über die hin und her und hin philosophiert wird, torpediert. Die Regierung stolpert über ihre eigenen Füße.

Viertens: Die ökonomische Dolchstoß-Legende, die streikenden Arbeiter hätten den Aufschwung zerstört, fällt in sich zusammen. Der Staatssekretär des Wirtschaftsministeriums, Otto Schlicht, muß offen einräumen, "daß sich der Anstieg von Nachfrage und Produktion bereits vor Streikbeginn im März und April nicht mehr fortgesetzt hatte".

Fünftens: Die Koalitionspartei FDP siecht dahin. Nach einer Blitzumfrage im Auftrag der SPD, die die Union bei 45 Prozent und die SPD bei 42 Prozent sieht, marschieren die Liberalen entschlossen von der Fünf-Prozent-Marke auf die Vier-Prozent-Marke zu. Hans-Dietrich Genscher erinnert - wenn er in Fernseh-Spots seiner Partei wütend den politischen Gegner attackiert - an Shakespeare. Bei diesem großen Dramatiker ruft der Junker Christoph von Bleichenwang den Satz "I was adored once too" in den Saal. In der Schlegel-Tieckschen-Übersetzung heißt das: "Ich wurde auch mal angebetet". Hans-Dietrich Genscher ist zum Junker Bleichenwang der deutschen Politik geworden.

Helmut Kohl hat bis 1987 eine parlamentarische Mehrheit; nur die politische zerrinnt ihm zur Zeit unter den Fingern. Der Bundeskanzler, der heute mit Strauß und Genscher konferieren wird, hat einen ersten Schwächeanfall. Problem ist nur: Von Genscher ist keine Hilfe zu erwarten, und ob der Notarzt aus München wirklich helfen will, steht in den Sternen.

(-/14.6.1984/ks/va)

+ + +



Notwendig als kritischer Partner

Die Kirchen und ihre Haltung gegenüber Europa

Von Katharina Focke MdEP

Spitzenkandidation der Sozialdemokraten im Europawahlkampf

Sowohl von katholischer wie evangelischer Seite sind in den vergangenen Tagen und Wochen zur zweiten Direktwahl des Europäischen Parlaments Stellungnahmen verfaßt worden. Ich begrüße sie, weil sie - im Gegensatz zu manchen anderen Veröffentlichungen - ein hohes Maß an Sachkenntnis und Realitätssinn widerspiegeln. Es sind Dokumente, die die Sachauseinandersetzungen befruchten und den politisch Tätigen wertvolle Entscheidungshilfen geben.

Das gibt sowohl für das Wort der Kommission der Bischofskonferenz der Europäischen Gemeinschaft (KombCE) wie für die Erklärung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) zu den Wahlen und den gleichfalls mit dem Blick auf den 17. Juni abgefaßten Diskussionsbeitrag der EKD-Kammer für Kirchlichen Entwicklungsdienst "Auf dem Weg zu einer neuen Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft". Ich wünsche allen drei Dokumenten eine weite Verbreitung und eine intensive Diskussion im kirchlichen Rahmen wie in der Öffentlichkeit. Die Aussprache über die Thesen und Forderungen dieser Dokumente kann das gemeinsame Anliegen der kirchlichen Verfasser und der mit europäischen Belangen befaßten Politiker bewußt machen und fördern: Europa - um es mit den Worten der ZdK-Erklärung zu sagen - "nach innen wie nach außen handlungsfähiger (zu machen) und auch anderen Völkern (zu) helfen, zu besseren und humaneren Lebensverhältnissen zu kommen".

Wort für Wort kann ich mir aus dem Bischofswort die folgenden Formulierungen zueigen machen:

"Es ist dringend notwendig, durch gemeinsame Anstrengung die großen Herausforderungen zu bestehen, die durch die Ost-West- und die Nord-Süd-Spannungen auf dem Planeten entstanden sind. Soziale Gerechtigkeit, allseitige Entwicklung und Herstellung des Friedens sind der Preis.

Der wirtschaftliche Fortschritt steht im Dienst des Menschen und nicht umgekehrt. Die Europäische Gemeinschaft kann sich nicht damit zufrieden geben, eine Wirtschaftsgemeinschaft zu sein, so notwendig diese auch sein mag. Errichtet werden muß ein Europa der Menschen und der Völker, ein Europa, wo jeder Mensch und jede Familie in ihrer unveräußerlichen Würde anerkannt werden, ein Europa, in dem jede Kultur und jede geistige Gemeinschaft sich entwickeln und gegenseitig bereichern, ein Europa, in dem Emigranten und Flüchtlinge ihren Platz finden, ein Europa, das in den Ländern der Dritten Welt echte Partner sieht."

- Das gleiche gilt für die ZdK-Forderungen für ein Europa, das sich der Menschenwürde und den Menschenrechten verpflichtet fühlt; in dem menschliches Leben umfassend geschützt und allen Bürgern freie und gerechte Lebensbedingungen ermöglicht werden. Dazu gehören auch Anstrengungen, durch die die erheblichen Unterschiede in der Sozial- und Bildungsstruktur der einzelnen Länder immer mehr abgebaut werden.
- Für ein föderalistisches Europa, das die sprachliche, kulturelle und regionale Vielfalt seiner Völker bewußt achtet und seinen ethnischen, sprachlichen und religiösen Gruppierungen den notwendigen Freiraum für ein friedliches Zusammenleben garantiert. Dies ist eine Aufgabe, die nicht zuletzt wegen der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in vielen europäischen Ländern dringend geworden ist.
- Für ein Europa der Solidarität auch mit den nachwachsenden Generationen, deren Lebensgrundlagen es durch einen wirksameren gemeinschaftlichen Schutz der Umwelt und der natürlichen Ressourcen zu sichern gilt.
- Für ein weltoffenes Europa, das sich seiner internationalen und interkontinentalen Verantwortung stellt, sich für die Begegnung der Kulturen öffnet und weitere Anstöße für die Verwirklichung einer gerechteren Weltwirtschafts- und Weltsozialordnung entwickelt.

Der ZdK-Erklärung kommt zudem - aus der Sicht der Europa-Parlamentarier - das Verdienst zu, sich auch mit den Möglichkeiten des ersten direktgewählten Parlaments befaßt zu haben und für das neuzuwählende entscheidende Forderungen formuliert zu haben:

"Wir waren und damals der Tatsache bewußt, daß das Europäische Parlament aufgrund seiner eingeschränkten Befugnisse den Einigungsprozeß noch nicht entscheidend einleiten könnte. Wir sahen jedoch in der Direktwahl eine zusätzliche Chance, dem Europagedanken neuen Auftrieb zu geben und die politische Meinungsbildung in Europa auf eine breitere demokratische Grundlage zu stellen. Diese Erwartung hat das Europäische Parlament im Rahmen seiner Möglichkeiten erfüllt.

Nach wie vor erwartet das Zentralkomitee der deutschen Katholiken, daß das Europäische Parlament Ort der geistigen Auseinandersetzung über den zukünftigen Weg und über die Grundlinien der europäischen Politik sein sollte...

Um dies alles zu erreichen, muß das Europäische Parlament nicht nur eine beratende, sondern eine mitbestimmende Rolle bei der Festlegung der europäischen Politik spielen.

Darum fordern wir erneut die Regierungen der Mitgliedsstaaten auf, dem Europäischen Parlament eine gleichberechtigte Position mit dem Rat in Legislativ- und Haushaltsbefugnissen einzuräumen...

Dem im Europäischen Parlament sich äußernden politischen Willen der europäischen Bürger muß nun endlich der ihm zukommende Einfluß eingeräumt werden."

Als eine wichtige Unterstützung registrieren wir Europa-Politiker auch, wenn das ZdK die Erwartung ausdrückt, "daß das neue Europäische Parlament bei den Fragen, die derzeit den europäischen Institutionen besondere Schwierigkeiten machen und im Sinne einer gesamteuropäischen Konzeption vorrangige Bedeutung haben, die Auseinandersetzungen aufnimmt und aus europäischer übergeordneter Sicht zu Lösungen beiträgt, und als Schwerpunkte aufzählt:

- "die Durchsetzung einer europäischen Wirtschaftspolitik, die den Zusammenhang aller Wirtschaftsbereiche (Handel, Industrie und Landwirtschaft) berücksichtigt und die Vorteile des gesamten europäischen Wirtschaftsraumes zu nutzen weiß. Ihre Aufgabe wird es sein, einen Ausgleich zwischen Ländern und Regionen, zwischen Produzenten und Verbrauchern zu verwirklichen, ohne daß dabei die wirtschaftliche Dynamik und der Wettbewerb durch verfestigte 'Marktordnungen' sowie bürokratische Regelungen behindert wird;
- die Anpassung der Agrarpolitik an veränderte wirtschaftliche Gegebenheiten als Voraussetzung für eine Neuordnung der finanziellen Grundlagen der Gemeinschaft und für neue Initiativen zur Verbesserung der Lage in den benachteiligten Regionen;
- die Koordination wirtschaftspolitischer, technologiepolitischer, sozialpolitischer und bildungspolitischer Maßnahmen der Mitgliedsländer, um die Chancen für eine Beschäftigung insbesondere arbeitsloser Jugendlicher zu verbessern und die hohe Arbeitslosigkeit insgesamt in der Gemeinschaft abzubauen;
- neue Anstöße für eine grenzüberschreitende Umweltpolitik, weil sich bisherige isolierte einzelstaatliche Bemühungen zur Beseitigung von Umweltbelastungen als zu eingegrenzt und daher weithin wirkungslos erwiesen haben;
- die Nutzung der grenzüberschreitenden Satelliten-Technik für einen verbesserten Informationsaustausch unter allen europäischen Völkern;
- der Ausbau der europäischen Entwicklungspolitik, deren Ziel es ist, die Vorteile einer offenen Handelspolitik mit der Stabilisierung von Exporterlösen der Entwicklungsländer und mit gezielten Nothilfemaßnahmen zu verbinden. Dabei sollte der partnerschaftliche Austausch unter Einbeziehung der gesellschaftlichen Kräfte in den Entwicklungsländern und in der Europäischen Gemeinschaft intensiviert werden;
- die Überwindung von Schwierigkeiten und Widerständen, um die vorgesehene Aufnahme von Spanien und Portugal bald zu verwirklichen."

Diese Überlegungen treffen sich weitestgehend mit meinen Vorstellungen. Es ist allerdings die Frage, wie diese Aufgabenstellung in den kommenden fünf Jahren gelöst wird. Ich wünsche mir deshalb gerade die Kirchen auch in Zukunft als kritischen Dialog-Partner für die Arbeit des Europäischen Parlaments, damit unser Einsatz für die Menschen in Europa und der Welt wirkungsvoller wird und wir der gemeinsamen Verantwortung gerecht werden.

+ + + (-/14.6.1984/ks/va)

Über das "Fehlverhalten" zurück zum Schuldprinzip?

Die Familiengerichte werden von der Koalition mit der Schuldfrage überfordert

Von Alfred Emmerlich MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen der SPD-Bundestagsfraktion

Beim Unterhalt nach einer Scheidung wollen CDU/CSU und FDP entsprechend ihrer Koalitionsvereinbarung für mehr Einzelfallgerechtigkeit sorgen und Mißbrauch verhindern.

Diese gute Absicht verdient Lob. Wer will nicht mehr Einzelfallgerechtigkeit? Wer will Mißbrauch nicht verhindern? Diese Ziele wurden selbstverständlich auch bei der Eherechtsreform verfolgt, einer Gesetzgebung, die von der FDP mitbetrieben worden ist und der CDU/CSU letztlich zugestimmt haben.

Aufgrund des Eherechtsreformgesetzes ist nach einer Ehescheidung ein Unterhaltsanspruch nur für den gegeben, der nach der Scheidung nicht selbst für seinen Unterhalt sorgen kann (wegen Betreuung eines Kindes, wegen Alters, wegen Krankheit, weil er keine Arbeit findet, weil er sich einer Aus- beziehungsweise Fortbildung oder Umschulung unterziehen muß, oder weil aus sonstigen schwerwiegenden Gründen einerseits eine Berufstätigkeit nicht erwartet werden kann, und andererseits die Versagung von Unterhalt unter Berücksichtigung der Belange beider Ehegatten grob unbillig wäre).

Selbst wenn die Voraussetzungen eines Unterhaltsanspruches vorliegen, braucht Unterhalt dann nicht gezahlt zu werden, wenn die Inanspruchnahme des an sich Unterhaltspflichtigen grob unbillig wäre, weil die Ehe nur von kurzer Dauer war, der Berechtigte sich eines Verbrechens oder eines schweren vorsätzlichen Vergehens gegen den Verpflichteten oder einen nahen Angehörigen schuldig gemacht hat, weil der Berechtigte seine Bedürftigkeit mutwillig herbeigeführt hat, oder weil ein anderer Grund vorliegt, der ebenso schwerwiegt, wie diese Gründe.

Wie bei den meisten großen Gesetzgebungen gab es auch bei der Eherechtsreform zunächst Anfangsschwierigkeiten. Nunmehr sind die Gerichte aber in der Lage, mit den sechs Unterhaltstatbeständen des geltenden Rechts und der Vorschrift über den Unterhaltsausschluß ein hohes Maß an Einzelfallgerechtigkeit zu erreichen.

Aufgrund der Erfahrungen mit dem Schuldprinzip des alten Eherechts kann als gesichert angesehen werden, daß durch Berücksichtigung von ehelichem und nachehelichem Fehlverhalten beim Unterhalt nach einer Ehescheidung nicht mehr Einzelfallgerechtigkeit, sondern weniger erzielt werden wird. Eine Rückwärtswende zum Schuldprinzip im Scheidungsfolgenrecht läßt diese einhelligen Erfahrungen von Wissenschaft und Praxis außer Acht.



Sicher gibt es Fälle, in denen eine Ehe durch vorwerfbares Verhalten eines der Ehegatten einseitig zerstört worden ist. Diese Fälle sind allerdings viel seltener, als man gemeinhin annimmt. In der Regel wird eine Ehe durch einen lang andauernden Prozeß zerrüttet, zu dem vorwerfbare und nicht vorwerfbare Verhaltensweisen der Ehegatten und ihre objektiven Lebensumstände beitragen, und zwar auf eine Weise, daß die einzelnen Faktoren und ihre Wechselwirkungen nachträglich nicht einmal von den Eheleuten rekonstruiert werden können, schon gar nicht von Dritten und erst recht nicht von einem Gericht in einem Verfahren mit seinen notwendigerweise formalen Regelungen.

Frau Rechtsanwältin Dr. Barbelies Wiegmann führt dazu in Heft 1/2/1984 des Info "Frauenforschung" unter anderem aus:

Kein Außenstehender kann in einer Ehe die "Schuld" dieses oder die eines anderen Ehepartners am Zerbrechen der ehelichen Beziehung feststellen, noch dazu die "Schuld" nur eines Ehegatten. Meist wissen die Eheleute selbst nicht genau, wie es zur Zerrüttung ihrer Ehe kam. Nach meinen täglichen Erfahrungen in der Praxis, die von Fachleuten bestätigt wird, entsteht der eheliche Konflikt immer aus dem Zusammenspiel beider Partner. Die einzelne, meist zufällig herausgerissene "schuldhaft" Handlung ist in der Regel nur ein Glied in der Kette eines langen ehelichen Konfliktgeschehens, die deshalb nie isoliert betrachtet werden kann.

Wer den Gerichten gleichwohl wieder die Aufgabe überträgt, die Schuld am Scheitern einer Ehe festzustellen, wird bewirken, daß das wieder eintritt, was unter der Geltung des alten Scheidungsrechts zu beklagen war, nämlich die Entscheidung der Gerichte über die Schuldfrage hing davon ab, was an ehelichem Fehlverhalten zufällig bewiesen werden konnte. Meist handelte es sich dabei um ein Fehlverhalten, das nicht Ursache für die Zerrüttung, sondern Ausfluß einer bereits eingetretenen Zerrüttung war. Wer das Glück (oder die Cleverness) hat, dem anderen Fehlverhalten nachweisen zu können, der gewinnt den Prozeß. Auf Zufall aufgebaute Entscheidungen von Gerichten führen nicht zu Einzelfallgerechtigkeit, denn sie basieren auf einem willkürlichen Prinzip, nicht auf dem Prinzip der Gerechtigkeit.

(-/14.6.1984/ks/va)

+ + +



Kantig - aber auch auf Ausgleich bedacht

Martin Schmidt wird am 16. Juni 70 Jahre alt

Von Dr. Hans Apel MdB

Stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Man will es kaum glauben, daß Martin Schmidt schon 70 wird. Scheinbar spurlos scheinen die Jahre an ihm, dem Mann aus Gellersen, vorbeigegangen zu sein. Er sieht heute noch aus wie vor 20 Jahren. Ähnlich zeitlos ist auch seine Rolle in der bundesdeutschen Agrarpolitik. Seit 30 Jahren ist er der Agrarpolitiker der SPD. Seit 15 Jahren ist er ununterbrochen Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Deutschen Bundestages. Und es heißt, daß in seinem Ausschuß zwar ein manchmal rauhes, im Kern aber freundlich-einvernehmliches Klima herrscht. So ist er im Übrigen auch persönlich: Etwas rauh, kantig und schroff, in Wirklichkeit aber harmoniebedürftig, auf Ausgleich bedacht. Parteigrenzen gibt es zwar. Wenn es um die Sache geht, aber sind sie für ihn zweitrangig.

Ich kenne Martin Schmidt seit Ende der fünfziger Jahre, als er Abgeordneter und ich Beamter des Europäischen Parlaments war. Mit ihm habe ich im niedersächsischen Northeim, dessen direkt gewählter Abgeordneter er mit Ausnahme einer Wahlperiode seit 1949 ist, meine erste Bauernversammlung gemacht. Wegen der Agrarpolitik haben sich unsere Wege danach häufiger gekreuzt. Ich will nicht verschweigen, daß ich Martin Schmidt in seinen agrarpolitischen Vorstellungen nicht immer zustimmen konnte, besonders in meiner Zeit als Bundesminister der Finanzen. Aber ich weiß, daß auch er sich über mich geärgert hat, wenn ich wieder einmal einige deutliche Worte zur Agrarpolitik und zum Berufsstand der Bauern fallen ließ. Ich hielt das für notwendig, er aber für kontraproduktiv.

Der Agrarpolitiker Schmidt-Gellersen ist immer für eine leistungsfähige, unternehmerisch orientierte, gleichwohl bäuerlich strukturierte Landwirtschaft eingetreten. Trotzdem war für ihn die früher völlig unbekannte und vom Berufsstand teilweise heftig bekämpfte soziale Absicherung der Landwirte und ihrer Familien eine zentrale Aufgabe des Staates. Das Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte von 1957, das Grundstücksverkehrsgesetz von 1961 sowie die Marktstruktur- und Absatzfonds-Gesetze von 1969 sind Beispiele, die mit dem Namen Martin Schmidt und seinem Einsatz für leistungsfähige und sozial abgesicherte landwirtschaftliche Betriebe verbunden sind.

In der Frage der Preis- und Einkommenspolitik hat Martin Schmidt eine aus der Sicht der Bauernverbände höchst unbequeme Linie vertreten. Nicht Hochpreispolitik, nicht steuerpolitische Subventionen oder staatliche Interventionismen zwecks Strukturkonservierung waren und sind seine Devise, sondern strukturelle Anpassung, Rationalisierung und Produktivitätssteigerung. Diese Haltung hat ihm zwar oftmals Kritik, selbst innerhalb der SPD, eingetragen. Opportunistische Anpassung an irgendeinen Zeitgeist aber ist nicht seine Sache. Deshalb wird er weiterhin für die Sicherung einer leistungs- und im europäischen Rahmen wettbewerbsfähigen deutschen Landwirtschaft eintreten.

Mit meinem herzlichen Glückwunsch zum 70. Geburtstag verknüpfe ich die Hoffnung auf noch viele aktive Jahre im Deutschen Bundestag, dem er seit 1949 angehört und wünsche ihm persönlich alles Gute für das nächste Lebensjahrzehnt. (~/14.6.1984/ks/va)

+ • +



Statist mit Stargage

Die Rolle des Justizministers in der Amnestie-Affäre

Von Klaus Kübler MdB

Obmann der Sozialdemokraten im Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität
und Geschäftsordnung des Bundestages

Das unfröhliche Schauspiel um die Parteispenden-Amnestie war eigentlich gelaufen - und hoffentlich für immer vom Spielplan abgesetzt. Das Publikum atmete schon erleichtert auf. Da betrat Rechtsstaats- und Verfassungsminister Engelhard - genannt "der Langsame" zum erstenmal die Szene. Das Protokoll des Deutschen Bundestages verzeichnete "Unruhe", als Engelhard als letzter (!) Redner in der Amnestie-Debatte zu einem Epilog ansetzte. Er habe sich die Sache nicht leicht gemacht und alle Fragen sehr genau überlegt und erwogen. Jetzt stelle man fest, daß "sich in der Breite der Bevölkerung ... Widerstand erhebt"; das müsse "nachdenklich machen".

In der Tat hätte das vorher schon nachdenklich machen müssen. Immerhin - ein freiwilliges Geständnis des Ministers, daß ihm jedes rechtsstaatliche Gespür gefehlt hat. Danach wäre Engelhard wohl am liebsten wieder ganz weggetaucht. Aber da waren ja noch meine Fragen zum Thema zu beantworten. Diese zwangen zu einem allerletzten Auftritt - nicht weniger traurig und noch kürzer. Jetzt fehlt sogar der Hinweis auf die späte Nachdenklichkeit. In der Antwort auf die Fragen Nr. 239 und 241 wird nur heruntergeleiert, man habe die rechtliche Seite des Vorhabens geprüft und herausgefunden, "daß rechtliche Bedenken nicht zu erheben waren". Die abweichende Meinung so profunder Sachkerner wie des ehemaligen Bundesverfassungsgerichtspräsidenten Professor Benda gaben dann auch "keinen Anlaß zur Modifizierung" der gewonnenen Auffassung.

Und dann liefert Engelhard noch ein gutes Gegenbeispiel zu dem Sprichwort "in der Kürze liegt die Würze". Sicherlich: Fragen an die Bundesregierung müssen kurz sein und eine kurze Beantwortung ermöglichen - so steht es in der Geschäftsordnung des Bundestages (Paragraph 105 Anlage 4). Aber keine Frage kann so kurz gestellt sein, daß sich eine Antwort total erübrigt. Die Frage, um die es hier geht (Nr. 238), zielte ganz klar darauf ab zu erfahren, seit wann Engelhard von dem ursprünglich geplanten Hau-Ruck-Verfahren wußte, von dem Versuch, die Amnestie-Pläne einem bereits in den Ausschüssen beratenen, thematisch völlig anderen Gesetz anzupappen. Und was wurde geantwortet? "Die Fraktionen des Deutschen Bundestages entscheiden in eigener Verantwortung, in welcher Form sie Initiativen im Parlament einbringen".

Eine arge Zumutung - diese "Auskunft". Eigentlich hat der Abgeordnete das Recht, unbeantwortet gebliebene Fragen in der nächsten Fragestunde des Bundestages aufrufen zu lassen. Aber vielleicht sollte man Engelhard, dessen Tage als Minister - nach Pressemeldungen - wohl gezählt sind, wirklich jetzt in Ruhe lassen? Seine traurige Statistenrolle ist publik. Ärgerlich ist allerdings die Stargage, die er als Minister erhält.
(-/14.6.1984/ks/va)

+ + +

